

Einsichten aus der Studie

richtungen gar nicht immer bekannten "Vollkosten inklusive Abgangsdeckung" anteilig verrechnet werden, sondern die (darunter liegenden) *Grenzkosten*, weil die (wenigen) Liechtensteiner Benützer die Auslastung erhöhen, was aus der Sicht der anbietenden Institution durchaus erwünscht sein kann.

Fehlende öffentliche Einrichtungen im eigenen Land bringen aber auch Nachteile: Beispielsweise wird Liechtenstein in den Schweizer interkantonalen Vereinbarungen einem Nicht-Universitäts-Kanton (Universitäts- und Hochschulwesen) beziehungsweise im Gesundheitswesen einem Kanton, der über keine stationäre Zentralversorgung verfügt, gleichgestellt. Diese Kantone (und auch Liechtenstein) profitieren zwar tendenziell an der Mitbenützung ausserkantonaler Einrichtungen, sie haben jedoch auch deutlich die Nachteile zu tragen, die das Fehlen dieser Einrichtungen mit sich bringt (z.B. Standortnachteile durch *brain drain*, fehlende Impulse für das gesellschaftliche und kulturelle Leben).

Jedenfalls gilt es in ein vollständiges Bild der Austauschbeziehungen Liechtensteins mit seinen Nachbarstaaten einzubeziehen, dass Liechtenstein mit den Nachbarregionen in einer Art *Symbiose* lebt, die zum allseitigen Vorteil gereicht. Der dynamische Finanzdienstleistungssektor führt zu einem beträchtlichen Kaufkraftzufluss in das Rheintal. In diesem Sektor, vor allem aber auch in der Liechtensteiner Industrie, finden Tausende Ostschweizer und Vorarlberger Beschäftigung. Liechtenstein ist seinerseits auf das Arbeitskräftepotential aus der Region angewiesen, um allen eintreffenden Aufträgen nachkommen zu können. Mithin prosperiert die ganze Region mittelbar von der dynamischen, die Vorteile der Eigenstaatlichkeit nützenden Liechtensteiner Wirtschaft.

Der Kleinstaat zeigt auf, dass für ihn staatliches *Outsourcing* (Delegation von Aufgaben an grössere Nachbarstaaten) den Alltag bestimmt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob nicht auch in der Europäischen Union die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben verstärkt werden könnte. Viele an sich zusammengehörende Wirtschafts- und Versorgungsräume wurden bisher von nationalen Grenzen durchschnitten. Warum sollten nicht grenznahe Krankenhäuser, Schulen oder Mülldeponien auch von den Einwohnern des anderen Staates zum beiderseitigen Nutzen mitverwendet werden?

Der Beitritt zu supranationalen Organisationen (z. B. EU) wird in den Staaten jeweils von Teilen der Bevölkerung etwas undifferenziert